

Aus Kantonen und Ausland

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Pädagogische Blätter : Organ des Vereins kathol. Lehrer und Schulmänner der Schweiz**

Band (Jahr): **15 (1908)**

Heft 22

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aus Kantonen und Ausland.

1. **Graubünden.** * Am 16. dies tagte in Chur die außerordentliche Delegiertenversammlung des Bündner Lehrervereins, um zu der von der Konferenz Prätigau aufgerollten Besoldungsfrage Stellung zu nehmen. Herr Reallehrer Tödy in Schiers leitete als erster Botant die Diskussion ein. Der Kt. Graubünden steht mit Tessin, Wallis, Uri und Unterwalden in bezug auf Lehrerbefoldung auf der letzten Stufe. Unsere Berufsgenossen aller anderen Kantone sind finanziell besser gestellt. Der Referent verlangt 1200 Fr. (bisher 800) Minimalbesoldung für Lehrer an Halbjahrschulen, also 200 Fr. monatlich. Davon hätte die Gemeinde 500 Fr. und der Kanton 700 Fr. zu tragen. Bisher zahlte die Gemeinde 400 Fr. Der Kanton: Lehrern mit 1—5 Amtsjahren 250 Fr.; von 5—10 Jahren 300 Fr. und über 10 Schuljahren 400 Fr. — Der auf 700 Fr. erhöhte Kantonsbeitrag hätte zur Folge, daß die Ausgaben für das Erziehungswesen 24 % (statt wie bisher 20 %) sämtlicher Ausgaben betragen würden.

Nach reger Diskussion einigte man sich auf folgende Resolutionen:

1. Das Gehaltsminimum soll 200 Fr. monatlich betragen.

a) Daran leistet der Kanton 80 Fr. pro Monat und Lehrstelle.

b) Gemeinden, in denen der Lehrer den vorgeschlagenen Minimalgehalt bereits überschritten hat, dürfen ihre bisherigen Leistungen nicht reduzieren.

2. Die kant. Alterszulagen von Fr. 50 nach 5 und Fr. 100 nach 10 Dienstjahren sollen auch in Zukunft verabsolgt werden.

3. Obige Beschlüsse sind den tit. Kreis Konferenzen zur Urabstimmung zu unterbreiten, wofür eine Frist von 14 Tagen festgesetzt wird.

4. Der Vorstand des Bündner Lehrervereins wird beauftragt, in einer besondern Eingabe in Sachen der materiellen Besserstellung der Lehrerschaft im Sinne der Resolutionen der außerordentlichen Delegiertenversammlung an den Kleinen Rat zu gelangen.

5. Die Kosten der außerordentlichen Delegiertenversammlung werden in der Weise gedeckt, daß für den nächsten Jahresbericht ein Zuschlag von 50 Cts. erhoben wird.

2. **Deutschland.** Der Hamburger Oberlehrerverein sprach sich in stark besuchter Versammlung mit erdrückender Mehrheit für Beibehaltung des Rel. Unterrichtes als eines obligatorischen Lehrfaches aus. —

In Auerbach wird geplant, den gesamten Unterricht an den Volksschulen auf die Vormittage zu beschränken. Es wurde bei den Eltern Umfrage gehalten, und es erklärten sich wohl 90 % dafür. Einige erklärten sich für Beibehaltung des bisherigen Zustandes, da sie nicht wüßten, was sie am Nachmittage mit den Kindern anfangen sollten. Ob die Reform durchgeführt wird, ist noch nicht festgelegt, da sie die Anstellung weiterer Lehrkräfte bedingt.

Einen vernünftigen Standpunkt in der gegenwärtig viel erörterten und wohl noch lange nicht spruchreifen Frage der Sexualpädagogik vertrat Prof. Dr. Freiherr v. Soden auf der III. Konferenz der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge“, welche im Nov. 1906 in Berlin stattfand. Schon die Formulierung des Themas seines Vortrages: „Wie schützen wir die erwachende Geschlechtlichkeit unserer Jugend vor der Ueberreizung und ihren Folgen?“ zeugte von einer gesunden und praktischen Mäßigkeit. Diese kam denn auch im Vortrag selber zum Ausdruck: Man solle alle künstlichen Erregungen des Geschlechtstriebes von der Jugend fern halten: den Schmutz in Annoncen und Reklamen, in Schaufenstern und Kinematographen u. s. w., die Verführungen in Animierkneipen und Nachtcafés u. s. w. Positiv habe die Erziehung größeren Nachdruck auf

die Erziehung zu legen, auf zweckmäßige Ernährung, viel Bewegung bis zur Ermüdung, dabei Einschränkung des Fleischgenusses und gänzliche Entziehung des Alkohols. Ueber die sogenannte geschlechtliche Aufklärung der Jugend äußerte er sich zurückhaltend: für die Volksschule sei sie jedenfalls verfrüht; eher passe sie in die Fortbildungsschule; auch seien die Abiturienten beim Abgang über sexuelle Dinge aufzuklären. In der Diskussion über den Vortrag bemerkte Geheimrat Kirchner vom Kultusministerium: Die Frage der sexuellen Belehrung der Abiturienten werde im Ministerium lebhaft erwogen und werde jedenfalls bejahend entschieden werden; über die Notwendigkeit der Aufklärung der Volksschüler seien noch Erhebungen im Gange. Hoffentlich siegt die gesunde Vernunft, und die wird finden: Schulaufklärung ist Unsinn! (Schw. Ev. Schulbl.)

Der Verein studierender Volksschullehrer ist auf seine Eingabe, an der Universität Jena eine Abschlußprüfung für Volksschullehrer einzurichten, abschlägig beschieden worden.

3. Italien. Das neue kultusministerielle Reglement über den künftigen Volksschulunterricht erwähnt den Religionsunterricht mit keiner Silbe. Es soll also wie in England der Kulturkampf in Schulsachen auf dem Verwaltungswege durchgeführt werden. Dieses „Reglement“ braucht nämlich die Genehmigung des Parlamentes nicht, nur die des — Staatsrates. Der kath. Volksverein hat den Kampf gegen dieses kniffologische Prozedere mannhaft eingeleitet. —

4. Oesterreich. Die jüdische Professorenwelt mußte den Kampf um die Universitäten in den Reichstag zu werfen. Universitäts-Prof. Masaryk stellte im Einverständnis der ganzen judenliberalen Presse den Dringlichkeitsantrag, der von der Regierung Garantien forderte, daß die Freiheit der Wissenschaften nicht beeinträchtigt und die Universitäten „gegen die christlich-soziale Regierungspartei“ verteidigt werden. Dem gegenüber verteidigte der geistliche Gymnasiallehrer Dr. Drexel aus Tornbirn den Antrag der Christlich-Sozialen, der die Stelle, die eine Spitze gegen die christlich-soziale Partei enthielt, dahin modelte „gegen die Angriffe aller politischen Parteien“. Die zitzündige Rede des jugendlichen neuen Vorarlberger Abgeordneten riß derart alle Parteien mit sich, daß der Antrag der Christlich-Sozialen einstimmige Annahme fand. —

Bar Verbreitung billiger, apologetischer Volksschriften. Anlässlich des 10-jährigen Bestandes der Broschüren-Sammlung „Volksaufklärung“ hat sich, wie man uns mitteilt, dieser Verlag entschlossen, die Verbreitung dieser ohnehin so billigen Broschüren (jede der bisherigen 120 Nummern 10 h oder 8 Pfg.) noch durch Verlosung von wertvollen Gewinnsten zu fördern; es werden noch heuer an die Bezahler 2 Preise à 50 K in bar und 2 Preise in Form wertvoller Bücher zur Verlosung kommen, und zwar in der Weise, daß sowohl 2 Broschüren-Exemplaren der Nr. 1—100, wie auch 3 Exemplaren der Nummern 101—120 je eine Anweisung beigelegt wird, die eine auf 50 K in bar lautend, die andere für den Bezug einer Büchergabe (bis zum Werte von 20 Mk.) berechtigt. Die Adressen der vier Gewinner werden in den nach Neujahr 1909 zunächst zur Versendung kommenden Nummern veröffentlicht. Bei der Verlosung kommen jene Besteller in Betracht, welche in der Zeit bis Ende Dezember 1908 „Volksaufklärungs“-Broschüren durch irgend eine Buchhandlung oder direkt vom Verlage „Volksaufklärung“ in Warnsdorf, Nordböhmen, gegen vorherige Einzahlung des betreffenden Betrages beziehen. Mögen diese Prämien recht vielen Katholiken ein weiterer Ansporn sein, sich die so billige Sammlung „Volksaufklärung“ als Grundstock zu einer zeitgemäßen Handbibliothek anzuschaffen.